

F 57291 Mai 1973

553

Rathaus- Korrespondenz

Silber

gegründet 1861



Mittwoch, 2. Mai 1973

Blatt 820

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:

Verordnung über höchstzulässigen Baulärm
Detailprojekt für Donaudüker
Am Freitag Wiener Gemeinderat
Eröffnung einer Intensivpflegestation für
Neugeborene (Pressekonferenz)
Pfoch: Von "Betonfraß" bei Spittelau-Schornstein
keine Rede
Bremer Kommunalpolitiker in Wien

Lokal:

50 Millionen für Sand und Steine
Neue Einbahnen in Döbling
Lastautos werden aus dem Prater verbannt

Kulturdienst:

Wiener Sommer voll Musik: 135 Veranstaltungen

Chef vom Dienst 42 800/2971

Neue Fernschreibnummer (1) 3240

k o m m u n a l :

=====

verordnung ueber hoechstzulaessigen baulaerm

4 wien, 2.5. (rk) als ergaenzung zum baulaerm-gesetz, das der wiener landtag am 26. jaenner 1973 beschlossen hat, beschloss nun die landesregierung die sogenannte emissionswert-verordnung. damit wird festgelegt, wie laut die verschiedenen baumaschinen sein duerfen.

in der verordnung wird genau definiert, welche baumaschinen davon betroffen sind, unter anderen rammen, bagger, mischmaschinen, bauaufzuege, foerdergeraete, kompressoren, kreissaegen, bohrmaschinen, pumpen etc.

fuer jede kategorie derartiger maschinen ist nun der grenzwert genau festgelegt, und zwar jeweils getrennt nach verbrennungsmotoren und elektromotoren.

mischmaschinen duerfen zum beispiel den emissionswert von 100 dezibel (90 bei e-motor-antrieb) nicht uebersteigen. fuer bauaufzuege gelten hoechstwerte von 95 db (80 db bei e-motor). doppelwandige kompressoren, das sind schon schallgedaempfte fabrikate, haben den grenzwert zwischen 80 und 90 db. die grenzwerte wurden in zusammenarbeit mit dem arbeitsring fuer laerm-bekaempfung ermittelt.

die verordnung legt fest, wie die grenzwerte zu messen sind. der schallpegel ist in einem abstand von einem meter, grundsaeztlich an allen vier seiten der maschine zu ermitteln. beurteilt wird dann der mittelwert. die messungen sollen von der baupolizei vorgenommen werden.

spaeetestens in zwei jahren - so schreibt es das baulaerm-schutzgesetz vor - sollen die emissionswerte ueberprueft und gegebenenfalls neu festgelegt werden.

die emissionswertverordnung tritt gleichzeitig mit dem baulaermschutzgesetz am 1. juni in kraft.

0952

k o m m u n a l :

=====

detailprojekt fuer donaudueker

2 wien, 2.5. (rk) die ausarbeitung des detailprojektes fuer den im zusammenhang mit dem hochwasserschutzprojekt vorgesehenen donaudueker bewilligte der tiefbauausschuss des gemeinderates und vergab den auftrag in hoehe von 1,85 millionen schilling an das zivilingenieurbuero dr. august und dipl.-ing. hermann z o t t l .

bekanntlich sollen die im linken donausammelkanal abfliessenden abwaesser von floridsdorf und donaustadt mit hilfe eines duekers unter dem donaustrom hindurch in die hauptklaeranlage simmering geleitet werden.

0934

l o k a l :

=====

50 millionen fuer sand und steine

1 wien, 2.5. (rk) wer nicht mit verschlossenen augen durch wien geht, weiss, an wie vielen stellen grosse bauvorhaben von der stadtverwaltung verwirklicht werden. welche bauleistungen hier vollbracht werden, kann man aber auch daran abschaetzen, wie viel geld fuer baumaterial zum nutzen aller wiener aufgewendet wird.

so wurden im wirtschaftsausschuss des gemeinderates neuerlich viele millionen schilling fuer die anschaffung von baumaterial genehmigt: allein 45 millionen fuer sogenanntes gebrochenes gestein, das heuer im strassenbau und wasserbau benoetigt wird. weiter muessen fuer die staedtischen strassenbauten nicht weniger als 25 laufkilometer beton-randstein angeschafft werden. fuer die fortsetzung des neubaues des allgemeinen krankenhauses sind riesige mengen von maschinell sortiertem sandmaterial erforderlich. mehr als 4,2 millionen wurden dafuer bewilligt.

0928

l o k a l :

=====

neue einbahnen in doebling

3 wien, 2.5. (rk) ab heute, mittwoch, abend treten im 19. bezirk folgende neue einbahnregelungen in kraft:

- o seileraeckergasse von flotowgasse bis rodlergasse,
- o seileraeckergasse von rodlergasse bis gratzlgasse,
- o hutweidengasse von rodlergasse bis obkirchergasse,
- o goergengasse von krottenbachstrasse bis weinberggasse,
- o rodlergasse von weinberggasse bis krottenbachstrasse,
- o sollingergasse von krottenbachstrasse bis weinberggasse,
- o budinskygasse von weinberggasse bis krottenbachstrasse,
- o scherpegasse von weinberggasse bis hutweidengasse,
- o flotowgasse von krottenbachstrasse bis obkirchergasse.

0937

k o m m u n a l :

=====

am freitag wiener gemeinderat

7 wien, 2.5. (rk) freitag, den 4. mai tritt der wiener gemeinderat um 10 uhr zu einer geschaeftssitzung zusammen, die bisher 97 tagesordnungspunkte umfasst. in dieser sitzung wird stadtrat dkfm. alfred h i n t s c h i g ueber zwei antraege referieren, die der durchfuehrung der volksbefragung ueber den bau eines zoologischen instituts der wiener universitaet in waehring dienen. die kosten fuer diese befragung der wahlberechtigten wiener bevoelkerung werden 2,5 millionen schilling betragen.

1117

k o m m u n a l :

=====

eroeffnung einer intensivpflegestation fuer neugeborene
(pressekonferenz)

8 wien, 2.5. (rk) die erste intensivpflegestation in oesterreich fuer neugeborene in der kinderlinik der stadt wien in glanzing wurde mittwoch von buergermeister felix s l a v i k eroeffnet. am vormittag fand ein pressegesprach mit gesundheitsstadtrat dr. otto g l u e c k und dem klinikvorstand prof. dr. a. r o s e n k r a n z statt, bei dem diese institution vorgestellt beziehungsweise gegenwaertige massnahmen zum schutz von risikokindern bekanntgegeben wurden.

laut mitteilung des statistischen zentralamtes starben im jahre 1972 in oesterreich von 104.033 geborenen kindern 2.622 - das sind 25,2 promille - im ersten lebensjahr. obwohl, verglichen mit den vorjahren, bereits rueckklaeufig, ist die saeuglingssterberate in oesterreich, aber auch in wien noch immer bedauerlicherweise hoch.

in oesterreichs groesster fruehgeburten- beziehungsweise neugeborenenstation, in der kinderlinik glanzing, wurde mit der einrichtung einer intensivpflegeabteilung fuer neugeborene eine neue institution zur bekaempfung der saeuglingssterblichkeit geschaffen. die dort vorhandenen geraete ermoeglichen es, sofort nach der geburt mit der intensivbehandlung des risikobabys zu beginnen. neben 15 inkubatoren verfuegt die abteilung seit kurzem ueber zwei beatmungsgeraete, die mit unterstuetzung des gesundheitsministeriums (kostenpunkt etwa 700.000 schilling) angeschafft wurden. damit verbunden ist ein eigenes alarm- und ueberwachungssystem, mit dessen hilfe es moeglich ist, binnen weniger minuten blutanalysen durchzufuehren beziehungsweise atmungsfrequenz, temperatur und sauerstoffgehalt im brutkasten zu ueberwachen. saemtliche roentgenologischen und laboratoriumsmaessigen untersuchungen muessen 'rund um die uhr' durchgefuehrt werden. so werden etwa blutanalysen in halbstuendigen intervallen auch nachts an den risikogeburten vorgenommen. dies

erfordert selbstverstaendlich einen entsprechenden personalaufwand, da jede risikogeburt staendig von einer schwester ueberwacht wird.

der kampf gegen die saeuglingssterblichkeit wird in wien bereits seit vielen jahren gefuehrt. nach dem zweiten weltkrieg konnte die saeuglingssterberate, die eine erschuetternde hoehe erreicht hatte, erheblich gesenkt werden. 1957 lag sie noch bei 48 promille. voriges jahr betrug sie 25,6 promille, was nicht zuletzt auf eine reihe von einrichtungen fuer das ungeborene und neugeborene kind zurueckzufuehren ist. neben den bereits seit jahrezehnten bewaehrten mutterberatungsstellen der stadt wien wurden sogenannte mueterschulen geschaffen, wo werdende muetter ueber moderne saeuglingspflege unterrichtet werden. 1962 erfolgte die einfuehrung eines schwangerenpasses fuer die werdenden muetter in wien, und seit dem fruehjahr 1969 gibt es in saemtlichen wiener spitaelern eine obligatorische impfung fuer 'rhesusnegative' muetter. als eine pioniertat der stadtverwaltung kann auch die einfuehrung der kostenlosen roetelschutzimpfung fuer muetter im wochenbett und des gesundheitsspasses fuer jedes neugeborene kind, im jahre 1971, bezeichnet werden.

um diesen standard zu erreichen und die perinatale sterblichkeit weiter zu senken, ist es notwendig, die schwangerenbetreuung beziehungsweise die betreuung der gebaerenden und des neugeborenen zu intensivieren.

betreuung in der schwangerschaft ist vor allem durch einen exakt ausgefuehlten schwangerenpass (derzeit machen leider nur etwa 75-prozent der schwangeren davon gebrauch) gewaehrleistet. in wien beginnt in wenigen tagen an der 2. universitaets-frauenklinik (prof. dr. husslein) der erste fortbildungskurs fuer perinatologie, um eine optimale aertzliche ueberwachung bei der geburt von risikokindern zu garantieren.

ein weiteres wichtiges problem ist der transport des fruehgeborenen auf die entsprechende fachaerztliche abteilung. in wien steht dafuer in jeder rettungsstelle in mobiler inkubator zur verfuegung. darueber hinaus werden noch verschiedene massnahmen ausgearbeitet, um den transport geschaedigter kinder in optimaler weise zu garantieren. weiters wird derzeit in der bundeshauptstadt

ein risikokinderprogramm realisiert. alle neugeborenen, bei denen bei der geburt eine abnormitaet festgestellt wird, werden der medizinischen fuersorgestelle fuer risikokinder gemeldet und von dieser stelle medizinisch auch weiter betreut werden. ebenso wird die entsprechende ausstattung der kreissaele und kinder-kliniken schrittweise durchgefuehrt. 1972 wurden allein fuer die paediatrischen abteilung in den wiener spitaelern 134, 5 millionen schilling aufgewendet.

gesundheitsstadtrat dr. otto g l u e c k , der die saeuglingssterblichkeit als ein ''brennendes problem'' bezeichnete, stellte unter anderem die forderung auf, die geburtenbeihilfe nur bei vorhandensein eines vollstaendig ausgefuellten schwangerenpasses auszufolgen. weiters hob er die bedeutung von fortbildungskursen fuer perinatologie hervor, weils diese moeglichkeit der fortbildung die garantie gebe, dass die im kreissaal taetigen aerzte mit den modernsten methoden der ueberwachung von risikogeburten vertraut gemacht werden. ebenso sprach er sich fuer eine intensivere zusammenarbeit der einzelnen medizinischen faecher - in diesem fall der geburtshelfer, anaestesiten und kinderfachaerzte aus.

prof. dr. rosenkranz, vorstand der kinderlinik glanzing, nannte die eroeffnung dieser ersten intensivpflegestation in oesterreich als einen ersten schritt im kampf gegen die verhaelt-nismaessig hohe saeuglingssterberate in oesterreich. insgesamt bestehe in wien und in oesterreich auf dem gebiet der neugeborenen-betreuung ein grosser nachholbedarf, was auch die dafuer not-wendige bettenzahl zur intensivpflege fuer neugeborene betrifft. jaehrlich fallen derzeit in oesterreich zirka 20.000 risikoschwanger-schaften an, davon sind etwa zehn prozent risikokinder zu erwarten. in diesem zusammenhang regte er die entwicklung eines stufenpro-grammes fuer die bekaempfung der saeuglingssterblichkeit in oesterreich an.

L o k a l :

=====

Lastautos werden aus dem prater verbannt
verkehrsbeschraenkungen sollen erholungswert steigern

9 wien, 2.5. (rk) buergermeister felix s l a v i k ordnete mittwoch an, unverzueglich die noetigen schritte zu unternehmen, um in einer ersten etappe die durchfahrt mit lastkraftwagen durch den prater zu unterbinden, da eine leistungsfaeheige route ueber die praterbruecke besteht.

bekanntlich hatten sich in der letzten zeit die klagen und beschwerden von wienern gehaeuft, dass durch den lkw-verkehr in den strassen des pratergelaendes dieses erholungsgebiet entwertet werde.

buergermeister slavik will sich aber nicht nur mit dem fahrverbot fuer lastautos im pratergebiet zufriedengeben: in weiterer folge sollen auch alle moeglichkeiten fuer eine beschraenkung des kraftfahrzeugverkehrs geprueft werden. durch diese beabsichtigten massnahmen soll der erholungswert des gesamten pratergelaendes sichergestellt und zum teil sogar erhoehrt werden.

1312

k o m m u n a l :

=====

pfoch: von ''betonfrass'' bei spittelau-schornstein keine rede
ergebnisse der arbeitskreise boden und umwelt der
stadtentwicklungs-enquete

11 wien, 2.5. (rk) beim schornstein des fernheizwerkes spittelau
koenne keine rede von einem ''betonfrass'' oder einer anderen
schaedigung durch abgase sein, erklarte hochbaustadtrat hubert
p f o c h im rahmen eines pressegespraches am mittwoch, bei dem
ergebnisse der arbeitskreise 7 (boden, versorgung, entsorgung)
und 9 (umwelt und landschaft) praesentiert wurden.

die in den letzten tagen in der presse aufgetauchten ver-
mutungen ueber ''betonschaeden'' am spittelau-schlot stellten
sich, so betonte pfoch, lediglich als ein abblaettern des dis-
persionsanstrichs oberhalb der kanzel des schornsteins heraus.
dies haette eine sofort in die wege geleitete untersuchung durch
die baudirektion eindeutig festgestellt. dafuer koennte jeder
wahrheitsbeweis angetreten werden.

professor dr. johann s c h e d l i n g (medizinische physik
der universitaet wien), der leiter des arbeitskreises umwelt,
stellte ergaenzend fest, dass durch das fernheizwerk spittelau
auch keinerlei steigerung der so₂-emissionen in die luft
oder nennenswerte werte aus der ohnehin sehr geringfuegigen
pvc-verbrennung der muellverbrennungsanlage festgestellt werden
konnte. es koenne daher nicht davon gesprochen werden, dass die
spittelau giftige abgase in die luft abgebe.

fernwaermeanschluss gesetzlich foerdern

vielmehr: die fernwaerme, so unterstrich schedling, muesse
als umweltfreundliche heizungsart forciert werden. der arbeits-
kreis kam zu der ansicht, dass der geschlossene fernwaermean-
schluss fuer ganze wohnquartiere gesetzlich verankert werden muesse.

ferner empfahl der arbeitskreis umwelt unter anderem eine
forcierung des oeffentlichen verkehrs und reduzierung des individual-
verkehrs im interesse des umweltschutzes. dabei muesse auch die

tarifpolitik nicht mehr auf die kostendeckung, sondern auf den umweltschutzaspekt abgestellt werden. weitere empfehlungen: schaffung eines altoelbeseitigungsgesetzes, einschraenkung des motorsports auf gewaessern.

prof. dr. josef k u e h n e , oridnarius fuer rechts-wissenschaften an der technischen hochschule wien, der leiter des arbeitskreises boden, befasste sich mit der problematik eines neuen bodenrechtes, das kernproblem jeder planung sei. kuehne stellte fest, dass die derzeitigen legislativen moeglichkeiten zur bewaeltigung der probleme nicht mehr ausreichen. ferner, dass fuer eine stadtentwicklung unbedingt genuegend disponsible grundflaechen zur verfuegung stehen muessen.

pfoch: 'kein wasser in die bodengesetzgebung'

hochbaustadtrat p f o c h , der das pressegespraech leitete, betonte, dass 'in den wein der bodengesetzgebung kein weiteres wasser einfliessen duerfe', um ein wirksames instrument in die hand zu bekommen. das derzeitige gesetzliche instrumentarium habe immer wieder zur folge, dass man der spekulatiion ausgeliefert sei.

besondere schwierigkeiten in der regelung der bodenbeschaffung und assanierung bereitet die derzeitige kompetenzregelung. kuehne plaedierte generell fuer eine zielstrebige stadterneuerung, wie sie etwa das deutsche staedtebaufoerderungsgesetz vorsehe. absolut erneuerungsbeduerftig sei der komplex der planungsgewinne und der bodenwertsteigerung durch oeffentliche investitionen. hier muesse neues recht geschaffen werden.

der arbeitskreis boden sei ferner der ansicht, dass eine aktive bodenpolitik durch kauf und verkauf von bodenreserven ein wesentliches instrument zur beeinflussung des bodenmarktes sei. bei einer aufschluesselung der bodenreserven wiens, die unter edv-einsatz durch eine bodendatenbank erfolgen soll, werde man feststellen, dass der stadtplanung derzeit eine fuer die groesse wiens relativ geringe freie bodenreserve zur verfuegung stehe. kuehne schaezte die disponiblen grundflaechen auf etwa 15 bis 20 prozent des gesamten grundbesitzes.

k o m m u n a l :

=====

bremer kommunalpolitiker in wien

14 wien, 2.5. (rk) eine gruppe von kommunalpolitikern aus bremen weilte zum wochenende - von budapest kommend - zu einem kurzen studienaufenthalt in der oesterreichischen bundeshauptstadt. die politiker, die der cdu-fraktion angehoren, besuchten mittwoch das wiener rathaus. stadtraetin dr. maria s c h a u - m a y e r informierte die deutschen gaeste ueber kommunalpolitische schwerpunkte in wien. bei einem anschliessenden essen im rathauskeller wurde die intensivierung der kommunalen kontakte zwischen wien und bremen besprochen.

1447